



Ja zum Wirtepatent: Qualität statt Jekami in der Gastronomie

Balz Stückelberger (balz.stueckelberger@lr-bl.ch)
Vizepräsident der Landratsfraktion, Arlesheim

Das Wirtepatent bleibt dem Baselbiet erhalten. Der Landrat hat heute eine Motion mit eindrücklicher Mehrheit (69 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung) abgelehnt, die das Wirtepatent in Frage gestellt hatte. Die FDP-Fraktion stellte sich klar gegen den Vorstoss. Für uns ist klar: Qualität, Verantwortung und Fachwissen in der Gastronomie dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Das Wirtepatent ist kein Bürokratiemonster, sondern ein Qualitätsnachweis. Es schützt Gäste, Mitarbeitende und die Branche. Natürlich ist es eine Hürde – aber eine sinnvolle. Wirtinnen und Wirte benötigen das nötige Fachwissen: Lebensmittelhygiene, Arbeitsrecht, Jugendschutz oder betriebswirtschaftliche Grundlagen.

Das vom Motionär bemühte Argument vom „Beizensterben“ greift zu kurz. Die Herausforderungen der Branche liegen ganz woanders: Margendruck, Fachkräftemangel, Miet- und Pachtzinsen oder veränderte Konsumgewohnheiten. Das Fähigkeitszeugnis hat hingegen nichts mit dem Beizensterben zu tun, ganz im Gegenteil: Gerade jetzt, in dieser schwierigen Phase, braucht es Profis, nicht Hobby-Wirte. Wer sein Handwerk versteht und mit Leidenschaft die Gastgeberrolle ausübt, kann Erfolg haben. Das Wirtepatent sorgt dafür, dass Qualität, Vertrauen und Verantwortung in der Gastronomie erhalten bleiben.

Die FDP setzt sich ein für eine starke, professionelle Gastronomie – und gegen ein Jekami, das weder den Gästen noch den Betrieben nützt.

Geschäft: Motion 2025/150, Gastgewerbegesetz und Wirteprüfung – noch zeitgemäss?

UKBB-Finanzierung: FDP zeigt der Regierung die gelbe Karte

Der Landrat hat heute rund 42 Millionen für das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) über die nächsten vier Jahre gesprochen. Der Entscheid fiel zwar deutlich, aber gegen 21 Nein-Stimmen und bei 8 Enthaltungen. Nein sagte die SVP-Fraktion. Die Enthaltungen stammten aus der FDP-Fraktion. Warum diese Skepsis? Das Wichtigste vorweg: Die FDP steht hinter dem UKBB und anerkennt die Bedeutung und Leistungen dieser wichtigen bikantonalen Institution. Die Kritik der FDP bezog sich vielmehr auf das Vorgehen der Regierung und die entsprechende Landratsvorlage. Von den 42 Millionen entfallen 29 Millionen auf die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL), also solche Leistungen, die nicht durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckt sind und von den Kantonen separat bestellt und bezahlt werden. Dieser Teil der Vorlage war aus Sicht der FDP unbestritten.

Die scharfe Kritik unserer Fraktion bezog sich auf die weiteren 13.4 Millionen, die in die gleiche Vorlage gepackt wurden. Dabei handelt es sich um eine Zahlung, welche die Regierung unscheinbar als «Transformationsbeitrag» bezeichnet. Faktisch handelt es sich dabei aber um einen à fonds perdu-Beitrag, der nötig wurde, weil das UKBB in erheblichen Liquiditäts- und Kapitalisierungsproblemen steckt. Die Verknüpfung der GWL-Leistungen mit einer ausserordentlichen Liquiditätsspritze lehnte die FDP-Fraktion ab, zumal unklar bleibt, mit welchen Massnahmen die finanzielle Situation des UKBB verbessert werden kann. Um das UKBB nicht zu gefährden, verzichtete die FDP auf eine Ablehnung der Vorlage, zeigte aber der zuständigen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission mit den Enthaltungen die gelbe Karte.

Geschäft: Vorlage 2025/352 Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Ausgabenbewilligung (Partnerschaftliches Geschäft).

Eingereichte Vorstösse

Folgende Vorstösse wurden von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 16. Oktober 2025 eingereicht:

Interpellation 2025/475 - Martin Dätwyler: Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen von Fachkräften aus dem EU-Raum

FDP.Die Liberalen Baselland, 4410 Liestal | info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch



Newsletter abmelden